

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1.  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Bahnstellen-Anzeigen die  
3 gezeichnete Kolonel-Beile  
50 J.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von M. Brey.  
Druck von G. A. G. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### „Zu hohe Beiträge“.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung hat an Umfang und Stärke derartig zugenommen, daß dies jeden Freund der Gewerkschaften nur mit starker Freude erfüllen kann. Die Gewerkschaften bilden heute eine Macht, an der selbst ihre Gegner nicht mehr gering schätzen dürfen. Selbst der Staat zieht sie in den Kreis seiner Betrachtungen und Berechnungen und ist bei der Aufnahme von Arbeiterstatistiken auf ihre wertvolle und fachkundige Mithilfe angewiesen. Und die Unternehmer rechnen gleichfalls in recht ernsthafter Weise mit den Gewerkschaften. Vielfach schon haben sie sich, wenn auch oft nach heißen Kämpfen, gezwungen gefühlt, Tarifverträge abzuschließen, die den Arbeitern ein besseres Existenzminimum als früher gewährleisten. Der Unternehmerabsolutismus in den Betrieben ist gestürzt. Die Arbeiterschaft hat bei der Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuverhandeln und mitzubestimmen. Und wo das noch nicht der Fall ist, da wird es noch eintreten, früher oder später, und zwar kraft der wachsenden Stärke und des damit verbundenen Einflusses der Proletariergewerkschaften.

Frage man nun, was die Gewerkschaften so stark gemacht hat, so ist die Antwort darauf: die allgemeine Entwicklungstendenz und die fortschreitende Ausklärung der Arbeiterschaft. Eine geheime Urkraft, die fast allen Lebewesen innenwohnt und Gemeinsamkeitssinn genannt wird, hat sich auch endlich der bisher in dieser Verhüllung von den besitzenden Klassen künstlich zurückgehaltenen Proletarierschaften bemächtigt und zur Organisation zusammengeschmiedet. Und es war ein Leichtes, den Arbeitern zu lehren, wozu sie diese Organisation gebrauchen sollten: zur Verstärkung ihrer Macht und ihres Einflusses und damit zu der Kraft, dem Unternehmersum eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung abzu fordern und abzuringen. Und das ist bisher geschehen, so weit es die Konjunktur, die vorhandene geschlossene Organisation der Arbeiter und deren Mittel zuließen.

Deren Mittel! Man vergesse nicht, auf dieses Wort eine ganz besondere Bedeutung zu legen. Bei der heutigen kapitalistischen Staatsstruktur ist jede Organisation, die es nicht versteht oder unterlässt, bei Verfolgung ihrer Ziele auch die hierzu benötigten Mittel aufzubringen, ein fast und kraftloses Gebilde. Erst die vorhandenen Mittel bilden neben allen andern Voraussetzungen die lechte und wichtige Ergänzung des Macht ausdrucks der Organisation.

Die Mittel zur Durchführung ihrer Ziele erwirkt sich die Gewerkschaftsorganisation durch die obligatorische Erhebung von festen Geldbeiträgen, die jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied nach den statutarischen Satzungen seines Verbandes diesem zuführen muß. Die auf diese Weise gesammelten Gelder bilden den Kriegsfonds der Gewerkschaft. Aus diesen Mitteln werden die Verwaltungskosten des Organisationskörpers gedeckt und in besonderer Notlage befindliche Mitglieder fassungsgemäß unterstützt, wird die Agitation betrieben und last not least den um die Verbesserung ihrer Lebenslage oder in der Abwehr gegen Unternehmerangriffe im Streit stehenden Mitgliedern der Lebensunterhalt gewährt.

So notwendig nun auch eine gute Verwaltung, so wichtig die Agitation zur Gewinnung weiterer Mitglieder und so zweckentsprechend es auch ist, wenn den Mitgliedern in besonderer Notlage begegneten wird — im Begrunde einer jeden echten Gewerkschaftsorganisation steht der Kampf für die Verbesserung und Hochhaltung der Lebenslage der Mitglieder und damit ist auch die Notwendigkeit gegeben, daß für den notwendigen Kampf auch die hierzu notwendigen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Es erhebt aus diesen wenigen Sätzen, daß zu den obersten Grundsätzen einer stets schlagfertigen Gewerkschaft eine gut gefüllte Kriegskasse gehört, die gegebenenfalls allen an sie gestellten Anforderungen gewachsen ist. Das darf kein Gewerkschaftsmitglied verkennen. Idealismus, Opfermut und Überzeugungstreue sind ganz gewiß auch sehr notwendige Dinge, jedoch ist mit allen diesen schönen Eigenschaften im Kampfe allein nicht viel auszurichten, wenn sie nicht gestützt und gestärkt werden dadurch, daß zur Abwehr des Hungers und der Not ausreichende Vorräte getroffen werden.

Es ist also die Pflicht jeder Gewerkschaft, vor allem auch dahin zu streben, daß sie stets über eine gefüllte Kriegskasse verfügt. Selbstverständlich wird sie eine solche nicht in allen Notlagen schützen können. Jede noch so gut fundierte Gewerkschaft kann heute angesichts der vorhandenen Unternehmerorganisationen, deren Bestreben es sehr oft ist, ein lokales Kampffeld zu verbreiten und möglichst viele Mitglieder der Gewerkschaft in den Kampf zu verwickeln, auf diese Weise ausgepumpt werden und muß sich sodann auf die Hilfe und Solidarität der anderen Gewerkschaften stützen. Doch das sind Ausnahmefälle, die besondere Maßnahmen beanspruchen. Im allgemeinen soll aber heute jede Gewerkschaft auf

eigenen Füßen stehen und ihre Kämpfe selbstständig und ohne andre Hilfe durchsehen.

Diese Taktik ist eine gesunde. Sie soll verhüten, daß sich die Mitglieder einer Gewerkschaft zu sehr auf andre verlassen. Sie soll auch dazu führen, daß die Mitglieder sich an die Notwendigkeit entsprechend hoher Beiträge gewöhnen.

Nun hört man recht oft das unternheimerliche Geschwafel von den „hohen“ Gewerkschaftsbeiträgen der Arbeiter. Und alle arbeiterfeindlichen Blätter leitartikel von Zeit zu Zeit in allen möglichen Variationen über dieses bei ihnen beliebte Thema. Der Zweck der Uebung ist klar. Es gilt diesen Arbeiterfeinden, den einzigen Schutzwall der Arbeiter gegen schrankenlose Ausbeutung, ihre Gewerkschaftsorganisation in Misserfolg zu bringen. Dies Bestreben ist verständlich. Über unverständlich ist es, wenn auch des öfteren Arbeiter in dieselbe Kerbe einhauen und gleichfalls über die „zu hohen“ Beiträge in ihrer Gewerkschaft klagen.

Diese Arbeiter haben noch nicht erfaßt, daß eine Gewerkschaft, falls sie ihrem ureigentlichen Zweck voll entsprechen soll, auch entsprechend hohe Beiträge von den Mitgliedern erheben muß. Und doch sollte ihnen ein nur oberflächlicher Rückblick auf die allgemeine Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation — und auch der unsrigen — sagen, daß erst mit der Erhebung höherer Beiträge der Einfluß und damit die Macht der gewerkschaftlichen Organisation gewachsen ist. Die meisten Gewerkschaften waren früher zur Zeit der noch lächerlich geringen Beiträge einfach zur Hünlichkeit verdammt. Kein größerer Streit ließ sich auf längere Dauer aufrecht erhalten, weil es zumeist an den hierzu benötigten Mitteln fehlte. Aus letztem Grunde mussten auch oft die Arbeiter Lohnabzüge widerstandslos hinnehmen. Die Sache änderte sich aber, als die Beiträge erhöht wurden. Es kamen jetzt Kämpfe geführt und Siege erfochten werden. Die Mitglieder fachten Vertrauen zu ihrer Organisation, der Bestand wurde stabiler, die Mitgliederzahlen erhöhten sich, der Verband wurde nach innen und außen gefestigter. Und seitdem ist der Gewerkschaftsgedanke immer siegreicher in die Arbeiterschaft gedrungen . . .

Es steht also fest, daß hohe Beiträge die Macht der Gewerkschaft fördern. Deshalb ist es aber auch eine Kurzsichtigkeit, wenn manche Arbeiter nun über „zu hohe“ Beiträge räsonnieren. Es ist aber auch eine Kurzsichtigkeit aus andern Gründen.

Betrachtet man den Gewerkschaftsbeitrag als einzelnen Bestandteil im wöchentlichen Ausgabenbudget eines Arbeiters, so bildet er darin einen recht winzigen Posten. Vor allem, wenn man sich vergegenwärtigt, welchen großen Beutezug täglich Staat und Agrarrium auf die Taschen des Proletariats ausführen. Mieten, direkte und indirekte Steuern, Lebens- und Genußmittelzölle verteuren den Arbeiterhaushalt ganz außerordentlich. Was aber ist gegen diese bewußte große Ausbeutung des Proletariats dessen Gewerkschaftsbeitrag! Und nun kommt hinzu, daß der Erlös der großen „gesetzlichen“ Ausbeutung der Arbeiterschaft deren Feinden zugute kommt. Der Gewerkschaftsbeitrag hingegen kommt restlos immer wieder denen zugute, die ihn aufgebaut haben, nur daß sich die Gewerkschaftsbeiträge in der Organisation auf einen Punkt konzentrieren und von hier aus, dem Gesetz der Solidarität folgend, den Bedürftigen gegeben wird.

Das sind einfache Tatsachen. Und trotzdem trifft man noch so recht oft auf Unmut und Verdrossenheit, weil eben angeblich die Gewerkschaftsbeiträge „zu hoch“ sind. Ach, ihr lieben Freunde, euer Verbandsbeitrag verbleibt euch, wenn auch in anderer Form, und trägt außerdem noch oft hundertjährige Frucht! Aber das, was euch Staat, Agrarier und Industriemagnaten rauben, das geht euch unverderbringlich verloren! Und wie ungeheuer groß sind diese Summen gegenüber euren Verbandsbeiträgen!

Darum lehrt einen Unmut gegen die andre Seite! Bekämpft die staatlichen „gesetzlichen“ Einrichtungen, die das Volk in maschio Form auspowern. Wendet eure volle Front gegen eure industriellen Ausbeuter!

Hier habt ihr ein Feld umfangreichster Betätigung. Zu diesem Kampf aber braucht ihr eure Organisation. Und der notwendige Beitrag hierzu soll dazu dienen, die Organisation stark zu machen und der unantastlichen Ausbeutung, vor allem durch das Unternehmertum, entgegenzutreten. Und wenn ihr nicht eure Gewerkschaft nachhaltig stützt, was wolltet ihr dann anfangen? Die schrankenlose Ausbeutung ginge weiter und der einzige Schutzwall, den ihr durch eure Organisation ihr entgegenstellen könnt, wäre machtlos . . .

Also klagt nicht über zu hohe Beiträge in der Gewerkschaft. Die sind nicht zu hoch. Und zahlt sie gern und doppelt gern. Sie bilden das wirkamste Mittel gegen Volksausbeutung und Volksunterdrückung!

### Zum 25jährigen Bestehen der Unfallversicherung

brachte der „Vorwärts“ einen die Entstehung des Gesetzes behandelnden Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

„Zuerst wohl in der Zeit der französischen Revolution tauchte der Gedanke einer vollen Fürsorge für alle durch Krankheit, Unfall, Invalidität oder Alter erwerbsunfähig Gewordenen auf. Er kehrte wieder in der Zeit der 1848er Revolution. Als gelegentliche Forderung propagierte ihn die sozialdemokratische Fraktion und setzte es in Deutschland durch, daß er in der Versicherungsgesetzgebung — wenn auch leider durch vielerlei Verunstaltet, ja teilweise in sein Gegenteil verkehrt — gesetzliche Anerkennung fand. Unwissen oder unaufrechtig ist, wer die „positive Arbeit“ der Sozialdemokratie leugnet.“

Daß ohne die Sozialdemokratie noch gar nichts erreicht wäre, hat selbst der Reichsminister Fürst Bismarck anerkannt. Erklärte am 26. November 1884 im Reichstage offen und ehrlich:

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, auch noch nicht existieren.“

Wir führen noch einen andern Gegner der Sozialdemokratie an den tüchtigsten Sozialpolitiker des Zentrums, Konstantin Franz.

Konstantin Franz schreibt auf Seite 18 seines Werkes über Sozialpolitik:

„Es ist eine Tatsache, daß es erst der sozialistischen Agitation bedurfte, bis man überhaupt dazu kam, neben all den Gesetzen, die vorzugsweise die Interessen der besitzenden Klasse betreffen, doch nebenbei auch einige Gesetze speziell für die arbeitenden Klassen zu erlassen. Aus eigenem Antriebe und aus der schöpferischen Initiative der Regierungen ist nichts hervorgegangen, sondern das wenige, was in dieser Hinsicht wirklich geschah, läuft der Sache nach selbst nur auf abgedroschene Gedanken der Sozialisten hinaus. Und sehr ehrlich, daß sie eben von allen bestehenden Parteien die einzige Partei sind, die sich ausdrücklich mit den Zuständen und den Bedürfnissen der nur von ihrer Arbeit lebenden Klasse beschäftigt, wie sie auch in diesem Punkte die meiste Sachkenntnis besitzt.“

Besonders klar zeigt die Entstehung der Unfallversicherung, daß die Sozialdemokratie ihr Vater war.

Ja der Reichstagssitzung vom 8. Mai 1871 (Stenographischer Bericht S. 577) verlangte bei der Beratung des Haftpflichtgesetzes Bebel, daß der Staat klar und klar den Haftschutz anerkenne müsse:

Jeder Unternehmer, der aus der freien Arbeitskraft Gewinn zieht, ist auch verpflichtet, vollen Schadeneratz für die Beeinträchtigung der Arbeitskraft durch Unfälle zu gewähren. Dem gleichen Gedanken ist von sozialdemokratischer Seite wiederholter Zuspruch gegeben worden. 1878 verlangte ein sozialdemokratischer Antrag Hassenpflug-Kappel (Drucksachen des Reichstags Nr. 128) die Ausdehnung der scharfen Schadenshaftung der Eisenbahnen auf Unfälle auf gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe.

In der Sitzung des Reichstags vom 26. Februar 1879 (Stenographischer Bericht S. 143) verlangte Bebel, es solle jeder Unternehmer für den vollen Schaden, der dem in seinem Betriebe Verunglückten zugefügt werde, haften, und es sollten die Unternehmer von Staat wegen durch eine Reichs-Versicherungsanstalt verpflichtet werden, um dadurch dem Arbeiter den Erfolg seines anerkannten Anspruchs zu sichern. Zugleich aber solle dadurch das Risiko auf breitere Schultern gelegt und die Unfallverhütung gefördert werden.

Man sieht, was an der Unfallgesetzgebung sozial ist, beruht auf sozialdemokratischer Anregung!

Im Jahre 1877 hatte die offizielle „Provinzialkorrespondenz“ noch erklärt, man könne auf solche Vorlesungen, wie sie die Sozialdemokratie durch ihren im Jahre 1877 vorgelegten Arbeiterschutzgesetzentwurf unterbreitet habe, unmöglich eingehen, wenn man nicht durch die Sozialdemokratie so wie schon aufgestellte Anmaßung und Begehrlichkeit der Arbeiter noch weiter in bedenklichem Maße steigern wolle. Das Wachstum der Sozialdemokratie und die Schwäche des Sozialisten geschiesst drängend Bismarck dahin, zuzugehen, man darf sich nicht auf Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokratie beschränken, müsse vielmehr auch deren Bekämpfung durch positive, auf die Verbesserung der Lage des Arbeitersstandes abzielende Maßnahmen unternehmen.

Am 8. März 1881 wurde der erste Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes vorgelegt. Er verlangte eine Reichsversicherungsanstalt, Unfallversicherung vom 29. Tage nach dem Unfall an und Bedeutung der Kosten durch Unternehmer, Arbeiter und durch einen Reichszuschuß.

Die Sozialdemokratie (Drucksache 120, Session 1884 des Reichstags) verlangte bei der Beratung Fürsorge für alle Arbeiter, Erlass des vollen Arbeitsverdienstes sowie eine Arbeiterversicherung. Im Reichstage belligte der Freisinnierbarb. Kardorff bereits bei der Erstberatung am 25. Februar 1881, Fürst Bismarck habe durch diese Vorlage die Sozialdemokratie übertroffen. Demgegenüber führte Bebel unter anderem aus:

„Ich weiß nicht, was er (Kardorff) für Begriffe von den Nachkommen der Sozialdemokratie und ihren Bestrebungen hat. Ich kann nur sagen, daß, wenn sie auch in allgemeinen das Prinzip billigen, auf dem der Unfallversicherungsgesetzentwurf beruht, mit die ganzen Ausführungen bestimmt sehr wenig genügend finden, und wenn wir uns auch einmal der Hoffnung hingeben wollen — obgleich wir diese Hoffnung nicht haben — daß dasselbe hier im Reichstag in einer Weise anwendet würde, die vollständig unsern Wünschen, also den Wünschen der Arbeiterschaft entspräche, so muß ich doch sagen, daß auch damit noch sehr wenig geschaffen ist. Es wäre ein erlernenswerter Schritt dann gegeben, aber es wäre mindestens ebenso wichtig, daß nicht allein dafür gesorgt wird — und dies ist Ihre Aufgabe, denn wir sind nur die Geduldten in diesem Hause, man führt uns am liebsten draußen — daß nicht nur diejenigen Unterherrschaft und Brot haben, die in der Industrie durch irgendwelchen Unfall geschädigt werden, sondern daß uns



Jahr	Erwachsene Arbeiter	Arbeite- rinnen über 16 Jahre	Jugendliche von 14—16 Jahren		Kinder unter 14 Jahren		männl.	weibl.
			männl.	weibl.	männl.	weibl.		
1909	23 057	12 158	1849	1242	90	122		
1908	22 907	12 110	1485	1274	96	26		

Die Zahlen zeigen eine geringe Abnahme der beschäftigten jugendlichen Arbeiter und der Kinder. Wir haben aber gute Gründe zu der Annahme, daß dieser Rückgang nur in der Papierverarbeitenden Industrie zu verzeichnen ist, nicht aber in den Papierfabriken.

Über die Zustände in den einzelnen Papierfabriken erfahren wir aus den Berichten ebenfalls nur sehr wenig. Ausführlich werden lediglich die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen der Papierfabrikanten behandelt. Die Medaillen und Diplome des Vereins deutscher Papierfabrikanten erfreuen sich bei den sächsischen Aufsichtsbeamten ganz besonderer Wertschätzung. Ob sie so eifrig auf jeden "Detoxierten" fahnen, oder ob die Unternehmer dafür sorgen, daß ihre billige Medaillenwohlfahrt so sehr ins Licht gerückt wird, wissen wir nicht; das ist aber auch gleichgültig. Widerlich und unangebracht ist die Auszahlung solcher Ordensverleihungen auf alle Fälle. Aber auch die sonstigen "Wohltaten" der Unternehmer werden gebührend gepriesen. Wie wenig kritisch die Beamten bei der Beurteilung solcher Einrichtungen, die von den Unternehmern als Wohltaten angepriesen werden, verfahren, mag ein Fall darstellen. Der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Chemnitz schreibt: „Der Besitzer einer kleinen Papierfabrik hat zwei Arbeiterwohnhäuser für je 8 Familien errichtet. Die aus Stube, Kammern, Boden und Kellerraum bestehenden Wohnungen kosten je 75 Ml. jährlich. Das aufgewendete Kapital verzinst sich mit nur 2 Prozent.“ Das ist also eine „Wohlfahrtseinrichtung“. Eine Wohnung, die nicht einmal eine Stube hat — denn wäre sie dabei, hätte sie der Beamte, der den Keller- und den Bodenraum mit aufzählt, gewiß nicht vergessen —, die in jedem Betracht unzulänglich ist, so unzulänglich, daß sie eigentlich verboten werden müßte! Und der Unternehmer schlägt dabei mindestens zwei, wahrscheinlich aber noch mehr Fliegen mit einer Klappe. Er sichert sich Arbeiter, die auf seinem Grund und Boden wohnen, die er immer zur Hand hat und er setzt eben diese Arbeiter an seinen Betrieb. Wenn er dafür einige tausend Mark zu „nur 2 Prozent“ anlegt, so ist das für ihn gar keine Einbuße im Vergleich zu den enormen Vorteilen, die ihm die Arbeiterwohnungen indirekt bringen. Aber die Aufsichtsbeamten sehen nur die 2 Prozent, die Selbstlosigkeit der Kapitalisten. Herr Dittes hat schon recht — wenn auch in anderem Sinne als er recht haben will —: Die Beamten gehen mit Scheuklappen durchs Leben.

Die Zahlen über die Gesetzesübertretungen und Strafen sind, wie schon erwähnt, wegen ihrer Verkoppelung nicht zu spezifizieren. Nur an einigen Einzelfällen läßt sich erkennen, wie weitherzig die Papierfabrikanten in der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen sind und wie milde die sächsischen Behörden und Richter das beurteilen. Der Dresdner Beamte schreibt:

„In einer Papierstofffabrik mußte für die an den Stoffmaschinen beschäftigten Arbeiterinnen die genaue Innehaltung der Mittagspausen verlangt werden.“ Ob das Verlangen geholfen hat, erfahren wir nicht. — Wegen Verlezung der Sonntagsruhebestimmungen wurde der Betriebsleiter einer Papierfabrik mit Holzschleiferei im Bezirk Chemnitz zu 30 Ml. Geldstrafe verurteilt. Er hatte nicht nur die Sonntagsarbeit in der bei den Papierfabriken üblichen Weise auf alle möglichen unnötigen Arbeiten ausgedehnt, sondern einfach den ganzen Betrieb im Gang erhalten. Natürlich hat er dabei zehnmal mehr als 30 Ml. profiliert. — Im Aufsichtsbereich Zwittau wurden in einer Papierfabrik 12 Arbeiterinnen von früh 6 bis abends 8 und 9 Uhr beschäftigt. Auf erfolgte Anzeige wurde der Betriebsleiter mit 30 Ml. und der Verföhrt mit 5 Ml. Geldstrafe belegt. Auch in diesem Falle wird die Strafe durchaus nicht abschreckend wirken.

Etwas schärfer als in Papierfabriken scheint die Aufsicht in den damit verbundenen Lumpensortierereien zu sein. In diesen Betrieben herrschen allerdings auch oft grauenhafte Zustände. Gwar macht eine Bundesratsverordnung für solche Anlagen ganz spezielle Vorschriften, aber niemand kümmert sich darum. Die Verordnung schreibt bestimmte Entstaubungseinrichtungen an den Sortiertischen vor, aber ihre Anbringung unterbleibt, weil sie kostet. Ein sprechendes Zeugnis hierfür liefert der Chemnitzer Beamte mit folgenden Bemerkungen: „In den Lumpensortierereien, in denen eine wirksame Lüftung und Staubsabsaugung besonders angezeigt wäre, sind in dieser Hinsicht bisher nur geringe Fortschritte gemacht worden. In einzelnen Anlagen sind wohl die Sortiertische mit Siebböden und darunter befindlichen Rästen versehen, in denen der Staub sich ablagert und von Zeit zu Zeit entfernt wird. Von der Beschaffung mechanisch wirkender Staubaufsaugvorrichtungen schrecken die Kosten ab und berufen sich die Betriebsleiter immer wieder darauf, daß auch anderwärts vollkommene Einrichtungen nicht oder nur vereinzelt getroffen seien.“

Mit diesen leeren Ausreden scheint sich der Beamte zufrieden zu geben. Wenigstens berichtet er nicht, daß irgendwo Besserung getroffen oder daß er eine solche auch nur gefordert habe. Das nimmt schon deshalb nicht wunder, weil eben dieser Beamte weiter meint: „Trotz der zumeist ungünstigen Verhältnisse darf angenommen werden, daß der Gesundheitszustand der in den Lumpensortierereien beschäftigten Arbeiter ein verhältnismäßig guter ist. In einem derartigen Betriebe sind mehrere Arbeiterinnen schon 10—13 Jahre beschäftigt, ohne jemals frank gewesen zu sein.“ Das ist die bekannte Säuferlogik: Ich habe einen gelannt, der hat Schnaps getrunken und ist 99 Jahre alt geworden, also ist der Schnaps ein lebenverlängerndes Getränk. Ein königlich sächsischer Gewerbeaufsichtsbeamter sollte ein klein wenig mehr Urteilsvermögen besitzen! Von geradezu törichter Naivität zeugt es aber, wenn der Beamte dann voller Bewunderung

schrägt: „Von Arbeiterinnen dieses Betriebes wurde fremdländischerweise ein Spucknapf als Waschbedien verwandt, während das hierzu bestimzte Gefäß unbekannt und unbekannt blieb.“ Sind das aber perverse Arbeiterinnen! Waschen sich im Spucknapf statt im Waschbedien! Ob dem Beamten denn gar nicht der Gedanke aufgekommen ist, daß der Grund dieser fremdländischen Liebhaberei woanders liegen könnte! Hat er sich nicht einmal erkundigt — aber nicht beim Unternehmer oder auch nur in seiner Anwesenheit — ob das Bedien wirklich zum Waschen bestimmt ist, ob es nicht gar während seiner Anwesenheit hingestellt wurde usw.? Jegedem Arbeiter als die Inspektion unterliegender Beigeordneter hätte den Grund der eigenartigen Waschbedienliebhaberei in wenigen Minuten festgestellt. Lebriengen hat die Beamtin für den Dresdner Bezirk in einer Lumpensortiererei eine ähnliche Erfahrung gemacht. Sie schreibt: „In einer Lumpensortiererei hatten sich die Arbeiterinnen auf dem schmutzigen Lumpenhausen niedergelassen und verzeichneten hier ihre Mahlzeiten, obgleich ihnen ein schöner, sauberer Raum zur Verfügung stand.“ Auch hier gilt das oben Gesagte. Etwas energischer als der Chemnitzer scheint der Freiberger Beamte zu sein. Er schreibt kurz und klar: „Einer größeren Papierfabrik wurde aufgegeben, für die Ladern- und Lumpensortiererei eine sachgemäße Entstaubungsanlage herzustellen.“ Dem scheint der von den Unternehmern vorgegebene Kostenpunkt weniger imponiert zu haben!

Damit ist so ziemlich alles registriert, was die sächsischen Beamten über die Papierindustrie zu sagen wissen. Einige Unfälle werden zwar noch registriert, aber so unzulänglich, daß irgendwelche Lehren daraus nicht zu ziehen sind. Nur eine Neuerung der Beamtin für den Bezirk Leipzig sei hier noch festgehalten. Sie schreibt:

„Der Leiter einer großen, auf dem Lande gelegenen Papierfabrik sprach sich über den Wanderlochklarsus des Landesvereins für innere Mission dahin aus, daß er dessen Wiederholung nicht wünsche. Die verheirateten Arbeiterinnen hätten sich nicht genügend beteiligt, ein Teil der unverheirateten Arbeiterinnen auf Grund der erlangten Kenntnisse Stellung als Köchinne gesucht und erhalten.“ Diese Neuerung zeigt drossisch, daß der Unternehmer die Erweiterung der hauswirtschaftlichen Kenntnisse der Arbeiterinnen nicht wünscht, weil ihm geduldige, billige Arbeitskräfte dadurch verloren gehen könnten. Und der Missionsverein wird hoffentlich ein Einsehen haben und den Profit des Papierfabrikanten nicht weiter gefährden. Dass Dutzende von Arbeiterinnen in ihrem Fortkommen gehindert, Dutzende von Arbeitersfamilien eine bessere Haushaltung ermöglicht werden kann durch Erweiterung der Kochkenntnisse, fällt in unser göttlichen Gedanken gar nicht ins Gewicht gegenüber der Tatsache, daß dadurch einem Unternehmer einige Arbeitskräfte entzogen werden könnten. Der Profit steht über allem! Nichtsdestoweniger sind die Unternehmer, und allen voran die Papierfabrikanten, die eifrigsten Kämpfer für Wissen und Bildung. Wer das nicht glaubt, bezahlt einen Taler.

### Gaukonferenz des 6. Gaues (Sitz Hamburg).

Am 2. und 3. Oktober 1910 fand im Gewerbeschthaus in Hamburg die Gaukonferenz des 13. Gaues statt. Anwesend waren 41 Delegierte aus 39 Wahlstellen, vom Gauvorstand fünf Mitglieder, vom Hauptvorstand Sach-Hannover. Den Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1909 gab der Gauvorsteher Börger. Er führt aus: Die Krise lastete schwer auf die gesamte Arbeiterschaft und auch wir hatten sie zu spüren. Während in den Jahren 1906/07 nur 6142 Mitglieder arbeitslos waren, schwollte die Zahl der Arbeitslosen in den Jahren 1908/09 auf 18 130 an. Im Gau waren 92 Lohnbewegungen auf verzeichneten, gegen 239 in den beiden Vorjahren. Lohnbewegungen ohne Streik fanden in 33 Betrieben statt, daran waren 2724 Arbeiter und Arbeitserbeiter beteiligt. Errichtet wurde für 1345 Beteiligte Arbeitszeitverkürzung und für 1924 Beteiligte Lohnerschöpfung von circa 2 Ml. pro Person und Woche. Auch wurden in vielen Fällen Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis, als: Büchtag für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Ferien usw. durchgeführt. In 18 Fällen mußten Lohnbewegungen infolge der schlechten Geisteslage vertagt werden. In 9 Betrieben mit 500 Beteiligten endeten die Streiks mit vollem Erfolg. Errichtet wurden Lohnerschöpfungen von durchschnittlich 1,70 Ml. pro Person und Woche und in vier Fällen Arbeitszeitverkürzung. Mit teilweisem Erfolg endeten fünf Streiks mit 144, ohne Erfolg 27 Streiks mit 1880 Beteiligten. An Aussperrungen und Lohnbewegungen fremder Berufe 615. In 22 Betrieben fanden Lohnabzüge bis zu 4 Ml. statt, in sieben Fällen konnten diese abgewichen werden. Besonders sind die Gauleitungen hauptsächlich eingesetzt worden, um bei Lohnbewegungen vermittelnd einzutreten. Dann muß aber auch die Leitung bei Ausbruch von Differenzen im Konkurs gezeigt werden. Leider geschieht das nur von einzelnen Wahlstellen. Die Mitgliederzahl im Gau, die am Schlusse des vierten Quartals 1907 27 476 betrug, hat einen Zuwachs von 909 Mitgliedern aufzuweisen, so daß sich die Gesamtzahl am Schlusse des vierten Quartals 1909 auf 28 385 Mitglieder besitzt. Von unserem Quartal 1908 bis zum ersten Quartal 1909 hatten wir einen Mitgliederzuwachs von 1644 zu verzeichnen, der aber durch geschickte Agitation wieder wett gemacht wurde. Das Gesamtergebnis der Hausagitation beläuft sich auf ungefähr 600 neue Mitglieder; leider haben nur zwei oder drei Wahlstellen dieses gesuchte Agitationsmittel beibehalten. Die 27 Revisionen wurden hauptsächlich durch die Unregelmäßigkeiten in der Lassenauführung verursacht. Der Redner streift zum Schlusse die Grenzstreitigkeiten mit dem Bauarbeiter- und dem Transportarbeiterverband.

Zum Kassenbericht gibt Schwarz. Die Einnahme belief sich auf 7506,62 Ml. und die Ausgabe auf 6967,47 Ml. Es war also am Schluß des vorherigen Jahres ein Kassenbestand von 539,15 Ml. vorhanden.

In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner im allgemeinen mit den Berichten einverstanden. Es wurde hauptsächlich auf die Arbeitsverhältnisse in der Fischindustrie und in den Ziegeleien eingegangen; außerdem wurden auch die Grenzstreitigkeiten in den Kreis der Güterverkehr gezogen und die früher gesetzten Beschlüsse für bindend erachtet. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt.

Der Antrag: „Die Bevollmächtigten der Wahlstellen des Gau 13 des Fabrikarbeiterverbandes sind verpflichtet, bei eintretenden Lohnbewegungen, Streiks, Aussperrungen dem Gauvorstand sofort Mitteilung zu machen“, fand Annahme.

Hörner-Hamburg referierte über die Beschlüsse des 10. Verbandsstages in Halle, während sich Lübeck-Hamburg in längeren Ausführungen über die praktische Durchführung dieser Beschlüsse verbreitete. Er belehrte eingehend auf Grund der gesammelten Erfahrungen vor allen Dingen die Unterstüzungslinie. An der sehr lebhaft geführten Debatte beteiligte sich u. a. Sach-Hannover, der an förmlichen Beispielen die Führung von Karten und Listen erläuterte. Der Referent Lübeck ging in seinem Schlussswort kurz auf die in der Diskussion gefallenen Einwände ein.

Das Betriebsdelegiertenystem zog Hegemann-Hamburg in den Kreis seiner Betrachtungen. Der Redner ging in groben Zügen auf die Tätigkeit der Delegierten ein. Nicht der, der immer schärfste Worte führt, sondern der, der ruhig und besonnen alles überlegt und dann handelt, ist für diesen Posten von Nutzen. Über Agitation referierte Schwarz-Hamburg. Seine Aufführungen gipfelten u. a. darin, daß die neu aufgenommenen Mitglieder unter allen Umständen auch gehalten werden müssen und daß die Agitation entsprechend eingerichtet werden muß. Über die vorsätzlichen mit Interesse aufgenommenen Ausschreibungen von Hegemann und Schwarz entpann sich eine Debatte, aus der die Nebeneinstimmung mit der Agitationsweise sowie dem Vertrauensmännerystem herauskommt.

Die Anträge der Wahlstelle Glückstadt: „Der Gauvorstand wird ersucht, auf Holzplänen, wo nach Stundenlohn unter 40 Pf. bezahlt werden, eine rege Agitation zu entfalten“, der Wahlstelle Kiel: „Die Gaukonferenz möge beschließen, eine Branchenkongress für die in der Fischindustrie und für die in Ziegeleien sowie Hartkleinfabriken beschäftigten Personen im 13. Gau abzuhalten“, der Wahlstelle Neu-Münster: „Allen Wahlstellen ist der gebrauchte Bericht von der Gaukonferenz zugestanden“, wurden dem Gauvorstand zur Verabsichtung überwiesen. Der Antrag der Wahlstelle Neu-Münster: „Allen Wahlstellen unter 50 Mitgliedern sind die Kosten der Delegation zur Gaukonferenz aus dem Gaulaß zu erzielen“, wurde abgelehnt, da nach dem Gaulagreement keine Ausgaben für diesen Zweck vergeben werden dürfen. Der Antrag von Radebeul-Völkers: „Um für die Auszahler eine bessere Übersicht über die Unterstützung der reisenden Kollegen zu ermöglichen, beantragt ich, daß die Gaukonferenz den Gauvorstand beauftragt, bei dem Vorstand dahin zu wirken, daß die Kontrollen abgeschafft und dafür den Auszahler Quittungen eingeändert werden. Auf diesen Quittungen ist die Auszahlung zu vermerken, von den reisenden Kollegen zu unterschriften und dann die Quittungen bei der Quartsabrechnung „auszenden“, wurde angenommen.

### Gaukonferenz des 6. Gaues.

Am 18. und 19. Oktober tagte in Stettin die Konferenz des Gaues 6. Vertreten waren 31 Wahlstellen durch 38 Delegierte; nicht vertreten waren 8 Wahlstellen. Außerdem waren anwesend 4 Mitglieder der Gauverwaltung und als Vertreter des Hauptvorstandes Kollege Brey. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Die Beschlüsse des letzten Verbandsstages. 3. Unsre Taktik bei Lohnbewegungen. 4. Vortrag über Agitation und Organisation. 5. Anträge aus den Wahlstellen. Kollege Wielenhütter erstattete den Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1910. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß trotz der Wirtschaftskrisis die Mitgliederzahl von 7725 auf 8565 gestiegen ist. Dieser Erfolg wurde hauptsächlich durch Hausagitation erreicht. Durch Lohnbewegungen haben insgesamt 1125 Mitglieder 2085,76 Ml. Lohnerschöpfung und 49 Mitglieder 204 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche erreicht. Der Gauvorstand nahm teil an 76 öffentlichen, 181 Mitglieder-, 153 Betriebsversammlungen, 20 Gauvorstands-, 64 Disziplinärvorstellungen, 35 Vertrauensmännerversammlungen, ferner an 16 Sitzungen mit anderen Organisationen, 79 Versammlungen bei Lohnbewegungen und 65 Revisionen.

Der Kassenbericht schließt bei einer Einnahme von 4137,02 Ml. und einer Ausgabe von 8924,11 Ml. mit einem Kassenbestand von 212,91 Ml. ab. Die Kassire berichteten, daß die Kasse mit Belegen stets in bester Ordnung gewesen sei. In der Diskussion beteiligten sich 18 Delegierte; die Kritik war sachlich. Kollege Brey erklärte, daß wir mit dem Bericht zufrieden und das Gute hergehoben müssen und nicht immer kritisieren, denn damit würde die Organisation nicht gestärkt.

Über die Beschlüsse des letzten Verbandsstages referierte Kollege Wielenhütter. In der Debatte wies Kollege Brey hauptsächlich auf die Resolution auf Seite 141 des Protolls hin, die die Verabschiedungsfrage behandelt.

Dann referierte Kollege Brey über unsre Taktik bei Lohnbewegungen. Eine Debatte über den Vortrag fand nicht statt. Über den Punkt Agitation und Organisation referierte Kollege Wielenhütter. Er führte aus, die beste Agitation sei die Hausagitation, aber sie sei leider noch nicht überall möglich, weil die Kräfte fehlen. Auch die Betriebsversammlungen brachten Erfolge; das Vertrauensmännerystem müsse, wo es noch nicht besteht, eingeführt werden. Zu diesem Punkt wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Gaukonferenz empfiehlt den Wahlstellen, welche heute noch keinen Volksbeitrag eingeführt haben, denselben in Völde einzuführen, um eine bessere und intensive Agitation betreiben zu können.“

Zum Punkt 6. Antrag, wurde ein Antrag der Wahlstelle Barth abgelehnt, ein Antrag der Wahlstelle Stolp dem Vorstand überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag, welcher fordert, daß falls bei den einzelnen Punkten der Tagesordnung des Gau- oder andern Konferenzen Referate sich als notwendig herausstellen, diese auf verschiedene Delegierte zu verteilen. Als nächster Ort zur Ablösung der Gaukonferenz wurde Stettin gewählt.

### Streiks und Lohnbewegungen.

— Streiks und Differenzen bestehen in: Höchst a. M. (Stahlfabrik). Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten!

— Döbeln. Am 13. Oktober legten in der hiesigen Gutsabstof 24 Kollegen (Rübenabländer) die Arbeit nieder, nachdem sie vorher bei der Direktion um Erhöhung des Tariflohnens pro 200-Gt.-Vore um 20 Pf. vorstellig geworden waren. Ein Verhandeln mit der Direktion gab es zunächst nicht. „Ihr seid wohl verschütt?“ war die Antwort auf die beobachtete Vorstellung, und infolge dieser Beleidigung legten alle Kollegen dieser Kolonne die Arbeit einstündig nieder. Als der telefonisch herbeigerusste Gendarm auf dem Plan erschien, waren die Kollegen schon aus dem Betrieb heraus. Am Abend wurde eine Betriebsversammlung abgehalten, zu welcher Kollege Schneider telegraphisch eingeladen und auch erschienen war. Am selben Abend hatten auch die Aktionäre zusätzliche Generalversammlung, und als am Morgen die Kollegen ihr Handwerkzeug fortgerufen wollten, wurden sie angehalten, wieder zu arbeiten und auch die geforderte Zulage bewilligt. Dies die Folgen des einstündigen Zusammensehens. Außerdem erhielten noch andre Kategorien Zulagen, so daß wir mit dem Erfolg dieses Mal zufrieden sein können. Ein benachbarter Gutsbesitzer und Aktionär hatte allerdings einen Tagelöhner schon als Kastrierer gefandt, welcher bei den Aktionären wartete, um seine Anzeigungen zu erhalten. Das Amtsblatt von Döbeln brachte auch gleich einen Bericht, angeblich von der Direktion, nach welchem diese Kollegen bei täglich 10 Stundenarbeit eine Arbeitszeit die ungeüblichen einen Lohn von 6,70 Ml. und die gebüllten 7,06 Ml. verdient hätten. Die Partei Presse bezeichnete diese Notiz mit Recht als Schwundel. Die Sache liegt einfach so, daß ungebüllte Arbeiter schon nach einigen Stunden die schwere Arbeit des Rübenablaßens verlassen. Man hatte seitens der Direktion den Vertrag unterschrieben, andre Arbeiter zum Wiederkommen zu verwenden, aber der Betrieb konnte dabei nicht aufrecht erhalten werden. Diejenigen Arbeiter war freilich ein Stundenlohn von 60 Pf. verprochen worden und hätten diese ihre 6 Ml. täglich schon verdient. Aber im Alltag für 100 Gt. 1,60 Ml. kommen ungeübte Arbeiter noch nicht auf 3 Ml., ganz abgesehen von den Blauen an den Händen, die es allerdings als Gratissiegerei jetzt. Die gebüllten Arbeiter nun, die schon 15 und 20 Jahre in der Kampagne „das Rü



# Beilage zum Proletarier.

Nummer 44. Sonnabend, 29. Oktober 1910.

19. Jahrg.

## Aus der chemischen Industrie. Die Berufsgenossenschaft und chemische Industrie im Jahre 1909.

Die fortwährende Konzentration des Kapitals in der chemischen Industrie kommt auch in den Zahlen des Betriebsleistungsbetriebs der Berufsgenossenschaften der chemischen Produktion zum Ausdruck. So zeigt der berichtete Betrieb im abgelaufenen Jahre von 8399 auf 8702 oder um 0,3 Prozent. Die Zahl der Vollarbeiter aber liegt von 20919 auf 201580, oder um 1,2 Prozent. 1908 ließen sich Vergleichszahlen und Vollarbeiterzahlen fast die gleiche 1909 hinzugefügt machen, nämlich nur den 42. Teil vom Betrieb der Vollarbeiter aus. Unter einem Vollarbeiter versteht der Betrieb 300 Arbeitstage im Jahre. Infolge geschwindigkeitsförderlicher und dabei oft schlecht entlohter Arbeit herrscht in dieser Industrie ein harter Arbeiterwechsel.

Aus dem Bericht geht hervor, daß die Zahl der Einzelarbeiter, also derjenigen, die im Laufe des Geschäftsjahrs in der chemischen Industrie beschäftigt waren, 360161 betrug, so daß auf 100 Vollarbeiter 170 wechselnde Arbeiter kommen. Diese Zahlen verdeutlichen, wie groß die Fluktuation unter den chemischen Proletären ist. Wenn auch nicht alle Betriebe unter diesem enormen Wechsel zu leiden haben, so ist doch eine erhebliche Anzahl glücks- und schwieriger Verhältnisse vorhanden, in denen obige Zahlen noch erheblich übertroffen werden.

Die Berufsgenossenschaft gliedert sich in 8 Sektionen. Für die einzelnen Sektionen ergeben sich folgende Durchschnittsziffern pro Betrieb über Vollarbeiter, Einzelarbeiter und Arbeitswechsel:

Sektion	Zahl der Vollarbeiter pro Betrieb	Zahl der Einzelarbeiter pro Betrieb	Wechsel pro Vollarbeiter und Betrieb
I Berlin	17	32	1,9 mal
II Breslau	14	24	1,7 "
III Hamburg	30	55	1,8 "
IV Köln	30	52	1,7 "
V Leipzig	22	37	1,6 "
VI Mannheim	33	49	1,5 "
VII Frankfurt a. M.	38	59	1,6 "
VIII Rüthenberg	13	24	1,9 "

Die höchste Zahl der Vollarbeiter meist die Sektion Berlin mit rund 39200, darauf folgen Hamburg und Leipzig mit je 35000, dann Berlin, Frankfurt a. M. und Mannheim mit je 27000, Breslau und Rüthenberg mit je 14000 Vollarbeitern.

Die höchste Zunahme der Vollarbeiter weisen Leipzig mit 3,96 Prozent, Hamburg mit 2,27 Prozent, Köln mit 2,09 Prozent auf. Frankfurt a. M. hat 1,88, Breslau 1,06, Berlin 0,51 Prozent Zunahme, während die Sektion Hamburg eine Abnahme von 6,13 Prozent konstatiert, obgleich im Jahre 1908 noch eine Zunahme von 0,07 Prozent festgestellt werden konnte. In der Sektion Mannheim nahm 1908 die Zahl der Vollarbeiter um 4,27 Prozent ab und erfuhr 1909 einen weiteren Rückgang um 0,41 Prozent. Aus den Rückgangsziffern kann keineswegs ohne weiteres auf eine Abnahme der Produktion, sondern eher auf eine größere Verwendung von Arbeitsmaschinen anstatt menschlicher Arbeitskräfte geschlossen werden. Zu den Vollarbeitern treten noch 87 freiwillig versicherte Unternehmer, 669 Betriebsbeamte mit über 6000 Mark Jahresinkommen, 2635 Kontorbeamte und 4119 zwangsversicherte Unternehmer, so daß die Zahl der Versicherten insgesamt 219340 gegen 216580 im Jahre 1908 beträgt.

Zu den freiwillig und zwangsvoll versicherten Personen kommen noch 48 Kollektivversicherungen für Betriebsfremde Personen, welche im dienstlichen Interesse ab und zu in solchen Betrieben verweilen müssen. Die Summe der Löhne und Gehälter der versicherten Personen sieht sich wie folgt zusammen:

Arbeitsverdienst der versicherungspflichtigen Arbeiter und Betriebsbeamten	240 464 951 M.
Betriebsunternehmer	528 531 "
Betriebsbeamten mit über 6000 M. Jahresgehalt	6 928 006 "
Kontorbeamten	5 494 494 "
der Kollektivversicherten	341 382 "

so daß im ganzen 253 757 314 M. an Löhnen und Gehältern im Jahre 1909 ausbezahlt wurden gegen 248 371 687 Mark im Jahre 1908.

Folgende Tabelle gibt uns eine Übersicht über die Durchschnittseinkommen der letzten vier Jahre, wobei wie 4 Gruppen unterschieden haben. Es betrug der Jahresdurchschnittsverdienst der

Arbeitsbeamten 1907 noch soviel, daß die Voraussetzungen der ersten drei Gruppen stellten, während die vier letzten liegen. Die freihändig vermittelten Unternehmer sind wohl durchweg Angestellte von Unternehmen, während die Betriebsbeamten mit über 6000 Mark Jahresinkommen nur in geöffneten Betrieben als Betriebsbeamte zu finden sind. Mit dem Durchschnittseinkommen von 10500 Mark kostet es sich übrigens ganz ordnungsgemäß leben. Somit wird aber mit dieser Summe das Einkommen der Betriebsbeamten erledigt sein. Die meisten von ihnen bezahlen außerdem noch Gratifikationen, welche oft das Einkommen aus Geltung bringen.

Wagener zeigt es schon bei den chemischen Siedlungs-Proletarien, den Kontorbeamten, zu welche über den Durchschnittslohn Verdienst eines gelernten Arbeiters nicht weit hinauskommt. Ihr Einkommen hat dabei noch im Jahre 1909 eine starke Senkung erfahren. Kein Wunder! Ihr Siedlungsamt, ihre Unterwirksamkeit und Waschlappigkeit hat alles andere, nur nicht eine Besserung ihrer Lebenslage zur Folge gehabt. Sie bilden bei patriotischen Anlässen die Rolle der Statisten, welche man früher den Arbeitern überließ. Falls sie nicht bald zur Bekämpfung kommen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn es mit ihrem Einkommen weiter bergab geht. Die sehr gut bezahlten höheren Betriebsbeamten können einen stärkeren Überlass vertragten zugunsten der schlechter bezahlten Beamten und Arbeitern. Noch mehr ist dieser Grundzog aber bei den Kontorbeamten angebracht. Uns interessiert am meisten die Kürze der Zwangsversicherungen, welche alle Arbeiter und Betriebsbeamten bis 3000 Mark Jahresverdienst umfasst. Hier läßt sich eine fortwährende Steigerung der Höhe konstatieren, die in der Hauptzache auf das Konto der modernen Arbeiterbewegung zu setzen ist. Bekräftigt wird, daß in diesen Durchschnittslohn die Aufseher, Werkmeister und ein Teil Chemiker eingebettet sind, so stellt sich der Durchschnittslohn für die Arbeiter allein noch erheblich niedriger, so daß für die Schaffmacher absolut kein Grund vorliegt, in überbehobenden Lohnsummen die gute Bezahlung der Arbeiter der chemischen Großbetrieben zu preisen.

Ein andres sehr deutliches Bild über den günstigen Einfluß der Organisation der chemischen Arbeiter entstellt die folgende Tabelle. Nach den einzelnen Sektionen betrachtet, betrug der Jahresdurchschnittsverdienst der

Arbeitsbeamten und Betriebsbeamten ihren Sohn, dann sind ja Betriebsbeamten und was sonst noch für kleine Ausgaben im Betriebe gibt.

Der Betriebsbeamte Hoffmann brachte einem Gangster mit Entlastung, weil er sich erlaubt hatte sein Sohn zu töten. Die Arbeiter möchten nun wissen, ob die Direktion diese Anstellung gegeben hat. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Direktion von den Arbeitern verlangt, daß sie von halb 2 Uhr mittags bis abends 8 Uhr ohne Becherbrod durcharbeiten sollen. Wenn es doch der Fall sein sollte, dann empfehlen wir den Herren zur Information, diese Arbeit einmal unter gleichen Bedingungen zu verrichten, wenn auch nur einen Tag. Der Richter Ohnsorge sorgt noch dazu dafür, daß das Dienstpersonal bei den gerichtlichen Vorfallen bestellt wird. Ob sich wohl die Herren in diesem Betriebe der Erzeugnisse ihres Verhältnisses bewußt sind? Wir wagen es zu bezweifeln, denn auch in der Kritik geht der Augen zu lange zum Brünen, bis er tröpfelt!

### X. Das Baumwollseisen.

Der vorige Meister im Farbenlager bei der Färbereiverpackung war älter ausstellend roh den Arbeitern gegenüber, aber er ließ sie wenigstens etwas verdienen. Er schimpfte schon, wenn eine Arbeiterin nicht an 15 M. kam. Wer aber beim jetzigen Meister M. im Altorf verdient, der kann sicher sein, älterer Meister würdigten zu hören. Wehe ihr, wenn das geringste an der Arbeit ausgezögert ist. Herr M. reicht alles wieder zusammen, und umsonst muß die Arbeiterin die Arbeit von vorn beginnen. In letzter Zeit kommt dann noch die wunderschöne "Richtig hing" (eigenes Patent), daß jede Arbeiterin, wenn sie anstreiten will, dieses der Vorarbeiterin melden muß ebenso ihre Bürtlichkeit. Ein Jäger wird das protokolliert und dem Meister M. zur Kontrolle vorgelegt. Dieser vergleicht die nach seiner Ansicht gesetzte Zeit mit seiner Tabelle. Ist die Zeit überschritten, zieht er die von der Lohnzahlung ab. Die Arbeiterinnen sollen sich eine unerhörte Behandlung nicht gefallen lassen, sondern dagegen protestieren, indem sie sich im Fabrikarbeiterverband organisieren.

## Aus der Zement- und Ziegelinustrie. Die Entwicklung der deutschen Zementindustrie.

II.

Im ersten Artikel (S. Nr. 40 des "Proletariers") wurde darauf hingewiesen, daß Romancement von dem Portlandzement an Güte übertroffen und deshalb heute nur noch in geringem Maße hergestellt wird. Große Ausdehnung und Bedeutung vermochte die deutsche Romanagement-Industrie überhaupt nicht zu erlangen, da bei dem verschiedenenartigen Rohmaterial ein gleichmäßig guter Zement nur schwer zu erreichen ist. Die Romanagement-Industrie Deutschlands konzentriert sich hauptsächlich auf Bayern. Bis in die dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts kannte man deutschen Zement nicht. Im Baugewerbe herrschte die allgemeine Ansicht, daß Romanement beim Brennen Steinborken feuerbedürftig und deswegen nur in England hergestellt werden könnte.

Diese Ansicht wurde erst, als im Jahre 1832 der Mineraloge Dr. v. Fuchs-München in einem preisgekrönten Bericht den Nachweis lieferte, daß aus dem Kalkmergel der sich besonders in Bayern häufig vorkündet, ein dem englischen Romanagement gleichwertiges Produkt fabriziert werden kann. Der Regierungsbaurat Panzer-Würzburg war dann der erste, der die bayerischen Vorläufe in die Praxis übertrug. Auf seinen Dienstreisen durch Unterfranken fand er viele Steinbrüche, die geeigneten Mergel für die Herstellung von Romanement enthielten. Er ließ solchen Mergel in Kalköfen brennen und in Gipsmühlen mahlen und verwendete ihn zunächst bei eigenen Bauten mit gutem Erfolg. Allmählich gingen dann auch viele Kalkbrennereien dazu über, Romanement als Nebenprodukt zu fabrizieren. Eigentliche Zementfabriken, die ausschließlich Romanement herstellten, konnten infolge der mangelhaften Transportmittel in Unterfranken nicht entstehen. Auch nach dem Einzug der Eisenbahn war dies nicht möglich, da inzwischen am Rhein und in Mitteldeutschland Portlandzementfabriken entstanden waren, die ihre besseren Produkte überall verbreiteten. Als dann schließlich im Jahre 1885 bei Karlstadt a. M. eine Portlandzementfabrik errichtet wurde, verschwand die Romanementfabrikation in Unterfranken fast vollständig.

Größeren Bestand hatte die Romanement-Industrie in Oberbayern, wo in der Gegend von München (Berg am Laim, Tafelkirchen), im Gebirge bei Tegernsee (Schliersee, Hörmersmühle, Miesbach, Waakirchen, Peissenberg) und in den Chiemgauer Alpen (Egerndach, Staudach) große Cementmengelvorräte vorhanden sind. Schon gegen das Jahr 1835 entstanden dort die ersten Zementfabriken, von denen zunächst nur die in der Nähe von München gelegenen einige Bedeutung erlangten. Die übrigen wurden erst nach der Erweiterung des Bahnhofes entwicklungsfähig. Im Jahre 1865 wurden gezählt: im Bezirk Rosenheim 10 Brennöfen mit einer Jahresproduktion von 66 700 Centnern, im Bezirk München 7 Brennöfen mit 30 000 Centnern und 10 ver-einzelte Brennöfen mit einer Jahresproduktion von 70 000 Centnern Zement. Within wurden in genanntem Jahr in Oberbayern insgesamt 166 700 Centner Romanement hergestellt. Im Jahre 1872 aber produzierten die vier größten Fabriken schon 330 000 Centner. Die Ursachen dieser Entwicklung der oberbayerischen Zementindustrie, die sich im Gegenzug zur unterfränkischen sehr günstig gestaltete, lagen hauptsächlich in der besseren Abfachmöglichkeit nach München, Augsburg und Österreich. Auch hätte der oberbayerische Romanement weniger unter der Konkurrenz des Portlandzement zu leiden, da dieser nach Oberbayern vorteilhaft nur von ihm aus eingeführt werden konnte. Ferner konnte hier die Wasserkraft mehr ausgenutzt werden, und dann war das Rohmaterial, besonders der Käffsteiner Zementmergel, gleichmäßiger und besser, so daß auch eine bessere Ware erzielt wurde.

Seinen Höhepunkt erreichte die Romanement-Industrie im Jahre 1879, wo in Oberbayern allein 2 Millionen Centner hergestellt wurden. Von da an ging es wieder abwärts. Vor allem ging der Export nach Österreich zurück, da in Österreich längs der bayrischen Grenze selbst Zemente fabriken errichtet wurden, die zum Überschuss auf den Markt

Sektion	freiwillig versicherten		zwangsvoll versicherten	
	Unternehmer	Betriebsbeamten mit über 6000 M. Jahresinkommen	Kontorbeamten bis 3000 M. Jahresinkommen	M.
I Berlin	5 775,-	8 352,92	2 142,48	1 930,67
II Breslau	6 500,-	9 462,15	1 969,08	876,92
III Hamburg	4 643,73	10 016,38	1 860,99	1 210,80
IV Köln	8 633,33	10 301,65	1 966,25	1 201,52
V Leipzig	5 190,-	9 760,02	2 015,95	1 062,26
VI Mannheim	5 928,09	10 853,20	2 333,84	1 204,90
VII Frankfurt a. M.	7 020,-	11 225,73	2 589,24	1 203,43
VIII Rüthenberg	5 333,33	9 594,55	1 102,92	924,65

Obenan steht Hamburg mit rund 1211 Mark. Dann folgt Mannheim. Beide Städte weisen einen guten Stammmann unserer Kollegen auf. Frankfurt und Köln folgen auf dem Fuße. Hier ist die Höhe des Durchschnittsverdienstes eine direkte Folge der Lohnbewegung der Arbeiter in Ludwigshafen und des Streiks in Darmstadt. Berlin und Leipzig sind mehr die Sitz der Präparatz-Industrie, welche viel weibliches Personal beschäftigt, woraus sich trotz leidlicher Organisation ein niedrigerer Durchschnittsverdienst ergibt. Schlechtere Organisationsverhältnisse sind in Bayern und Württemberg vorhanden, außerdem tragen die weiblichen Arbeitern, welche in großer Anzahl in Zündholz- und Bleistiftfabriken beschäftigt werden, zu dem niedrigen Durchschnittslohn von 925 Mark bei. Am schlechtesten sind die Lohnverhältnisse in Schlesien, trotz der überwiegenden Zahl männlicher Arbeiter. Hier herrscht die Willkür der Zentrumsgenossen, um der so notwendigen Organisation der Arbeiter mit allen Mitteln den Weg zu versperren.

Ein weiterer Artikel soll uns informieren über die Zahl der Unfälle, ihre Entstehungen und anderes.

### X. Aus der Minen.

Wiederholte haben wir darauf hingewiesen, daß die Erzberge gegen die Arbeiter seitens untergeordneter Vorgesetzter ohne Wissen und Willen der Betriebsleitungen vor sich gehen. Durch das hartnäckige Schweigen der Direktion wird dann aber der Anschein erweckt, daß die Direktion im Grunde gegen solches Treiben nichts einzumenden hat. Durch periodischen Streit zweier Aufseher wird die Situation nun einmal klargestellt.

Der Aufseher Engelhard nannte täglich den Aufseher Seibinger einen Dieb, der schon lange reiz wäre, die Fabrik zu verlassen. Seibinger reagierte auf, indem er ehemals "Schuhendreher" und "Kump" nannte. Dieses sollte den Arbeitern nicht gleichmäßig sein, wenn nicht der Aufseher Seibinger nachdrücklich ausgesprochen hätte, daß Engelhard schon älter die Arbeiter in ihrem Aufgabedienst verantwortlich habe. Durch Verbüßung dieser Zeiten nimmt die Direktion vielleicht Anfang der Sache auf den Grunde zu geben.

In der letzten Schwerperiode wurden 7 mit Saldetencken beladenen Wagen geholt, die in der Rohsaline fehlten. Auf Beschwerde der Arbeiter wurden dann ganze 6 Tage loszuhalten und den Berg vergütet. An dieser Arbeit haben aber 4 Broderer müderweise einen halben Tag zu tun, das wäre also für 20 Arbeitsschichten eine Entschädigung für 2 Stunden. Die Arbeiter haben diese Art der Entlohnung als Provokation auf. Werden sie dann

rebeln und beklagen ihren Sohn, dann sind ja Betriebsbeamten und was sonst noch für kleine Ausgaben im Betriebe gibt. Der Betriebsbeamte Hoffmann brachte einem Gangster mit Entlastung, weil er sich erlaubt hatte sein Sohn zu töten. Die Arbeiter möchten nun wissen, ob die Direktion diese Anstellung gegeben hat. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Direktion von den Arbeitern verlangt, daß sie von halb 2 Uhr mittags bis abends 8 Uhr ohne Becherbrod durcharbeiten sollen. Wenn es doch der Fall sein sollte, dann empfehlen wir den Herren zur Information, diese Arbeit einmal unter gleichen Bedingungen zu verrichten, wenn auch nur einen Tag. Der Richter Ohnsorge sorgt noch dazu dafür, daß das Dienstpersonal bei den gerichtlichen Vorfallen bestellt wird. Ob sich wohl die Herren in diesem Betriebe der Erzeugnisse ihres Verhältnisses bewußt sind? Wir wagen es zu bezweifeln, denn auch in der Kritik geht der Augen zu lange zum Brünen, bis er tröpfelt!

steiner Mergel für sich in Anspruch nahmen, so daß auch die Qualität des bayerischen Betonments zurückging. Die Folge davon war gesteigerte Konkurrenz und Sinken der Preise. Die kleinen, wenig leistungsfähigen Betriebe verschwanden ganz, während die größeren Betriebe nur dadurch fortbestehen konnten, daß sie zur Herstellung von Portlandzement übergingen. Heute werden nur noch ungefähr 500 000 Tantner Romanzement jährlich produziert, die sich auf 12 Betriebe verteilen.

Die Portlandzement-Industrie hielt ihren Eingang in Deutschland im Jahre 1855. Bis dahin beherrschte der englische Portlandzement den Markt allein, denn auch hier war, wie beim Romanzement, die Ansicht verbreitet, Portlandzement könne nur in England fabriziert werden. Der Umstand, daß der englische Cement sehr teuer war, führte den Chemiker Dr. Bleibtreu-Kassel auf den Versuchsweg, deutschen Portlandzement herzustellen. Die Versuche waren von Erfolg begleitet, so daß er im Jahre 1852 zum Bau einer Versuchsanlage in Bülowshof bei Stettin schritt. Nun kam aber eine Zeit der Enttäuschungen, denn die ersten praktischen Versuche schlugen gänzlich fehl. Damit schien auch das ganze Unternehmen in Frage gestellt, da der Geldgeber, Konsul Gutte-Stettin, für ausländische Experimente keine weiteren Geldmittel gewähren wollte. Bleibtreu aber setzte seine Versuche fort, die dann auch einigermaßen befriedigend aussahen. Am 12. Juli 1855 wurde dann die erste deutsche Portlandzementfabrik in Form einer Aktiengesellschaft unter dem Namen „Stettiner Portlandzementfabrik“ gegründet und nach den Plänen Bleibtreus erbaut. Im Jahre 1856 entstand dann die „Zementfabrik des Bonner Bergwerks- und Hüttenvereins“ bei Oberkassel, die ebenfalls von Bleibtreu ins Leben gerufen wurde.

Den beiden Fabriken stellten sich in den ersten Jahren noch manche Schwierigkeiten entgegen. Besonders die Bindzeit des ersten deutschen Zements war sehr kurz. Er mußte deshalb rasch und in nur kleinen Mengen verarbeitet werden, wozu wiederum besonders geübte Arbeiter notwendig waren. Aber auch dieser Fehler wurde schließlich beseitigt, so daß auf der Londoner Industrie-Ausstellung im Jahre 1862 der deutsche Portlandzement eine erste Auszeichnung erhielt. Das war für die junge Portlandzement-Industrie ein Wendepunkt. Die deutschen Baugewerbetreibenden wurden nun von der Gleichwertigkeit des deutschen Portlandzements mit dem englischen überzeugt, die Nachfrage stieg, so daß bald weitere Fabriken, besonders in Lüneburg, Wöllin, Finkenwalde, Biebrich a. Rh., Mannheim und Ullm errichtet wurden. Der wirtschaftliche Aufschwung in den siebziger Jahren brachte dann noch eine Reihe von Neugründungen, wodurch die Zahl der Portlandzementfabriken im Jahre 1877 schon auf 29 angewachsen war, die zusammen 2 200 000 Tsch Zement pro Jahr produzierten.

Nun folgte eine riesenhafte Entwicklung, die sich aber mehr in der Steigerung der Erzeugungsfähigkeit, als in der Betriebszahl äußerte. Im Jahre 1887 wurden 45 Portlandzementfabriken gezählt mit einem Warenumfang von 7 050 000 Tsch Zement. 1897 waren es schon 65 Fabriken mit 18 450 000 Tsch, und 1907 sogar 77 Fabriken mit 27 600 000 Tsch umgesetzten Zements. Die Erzeugungsfähigkeit pro Fabrik betrug 1877 75 900 Tsch, 1887 156 700 Tsch, 1897 206 900 Tsch und 1907 553 500 Tsch Zement. Diese Entwicklung war selbstverständlich nur möglich unter Beebung bestimmter Gesetzmäßigkeiten. Vor allem war die Investierung eines großen Kapitals notwendig, da die Herstellung von Portlandzement vornehmlich auf im Großbetrieb mit Hilfe von ausgedehnten Waschanlagen und Dioranlagen möglich ist. Dann müssen geeigneter Ton und Kalkstein in genügender Menge vorhanden sein. Dichtig sind ferner gute Transportgelegenheiten, die unmittelbare Lage an einer Eisenbahnsstrecke oder Befestigungsstraße, die Nähe von Kohlenlagern und nicht zuletzt die Nähe von guten Abbaugebieten.

Diese Voraussetzungen haben eine gewisse geographische Gruppierung der Portlandzementfabriken zur Folge. Es leben bis heute folgende 8 Gruppen unterscheiden: 1. eine rheinisch-westfälische, 2. eine hannoversche, 3. eine schlesische, 4. eine Berliner, 5. eine an der Unterelbe, 6. eine Stettiner, 7. eine mitteldeutsche und 8. eine süddeutsche. Die rheinisch-westfälische Gruppe umfaßt 19 Fabriken mit einer jährlichen Produktionsfähigkeit von 5 200 000 Tsch, die hannoversche zählt 11 Fabriken mit 4 550 000 Tsch. Die schlesische Gruppe mit 9 Fabriken produziert 2 800 000 Tsch. Die Gruppe an der Unterelbe, die hauptsächlich Überseehafen betreibt, umfaßt 5 Betriebe mit jährlich 3 500 000 Tsch. Die mitteldeutsche Gruppe, die 9 Fabriken zählt und 2 650 000 Tsch Zement herstellt, konzentriert sich hauptsächlich an der schwäbischen Donau. Die süddeutsche Gruppe hat eine gefügte Geographie aufzuweisen, sie reicht fast über ganz Südbadenland. Dafür besitzt sie aber die größte Erzeugungsfähigkeit. Die 17 Fabriken stellt sie jährlich 6 000 000 Tsch Zement. Ein Drittel davon liefert das Heidelberg-Zementwerk, ungefähr ein Fünftel fällt auf die Ulmer Fabriken, 150 000 Tsch werden von den drei Fabriken am Main (Biebrich, Bergstrasse und Frankfurt) und 550 000 Tsch im Saargebiet hergestellt. Der Rest fällt dann auf die übrigen, hauptsächlich auf die oberbayrischen Zementfabriken.

Im folgenden Kapitel werden wir speziell die bayrische Portlandzement-Industrie behandeln.

**Die Sozialbewegung des Lipperischen Gewerbevereins.**  
In Nr. 40 des „Eduard“ der Sonntagsblätter der Lipperischen Volksbewegung, vom 8. Oktober 1909, veröffentlicht der „Gewerbeverein des Ziegler in Lippe“ in seiner Sache, daß er für Spende und Anzeige eine Versetzung grauen habe, nach der er im September 1909 eine Arbeitsversetzung von 7 Prozent einzutragen sei. Eine Arbeitsversetzung ist ja nur eine Arbeitsverkürzung, indem es den Ziegler, die nach 13 Stunden arbeiten wird, die zwölftägige Arbeitszeit auf 12 Stunden reduziert. Und der Arbeitgeber nimmt diese regelmäßige Arbeitsverkürzung an. Und der Arbeitgeber zieht die Arbeitsverkürzung auf den Ziegler ab, wenn er eine. Dem ist aber nicht so. Denn zuerst ist jeder Mensch gleichzeitig und auch darüber eine große Produktionsverkürzung habenden, aber alles ist die Zeit. Die Zieglerarbeiter legen ja ihrer Ziegelerbeiten mehr Zeit, denn sie wollen, daß der Gewerbeverein auf die

Bedeutung eines Regelclubs hinauskommt, und die Mehrzahl der Zieglermeister ist der „großen Meisterversammlung“ ferngeblieben, so daß diese nicht stattfinden konnte.

Die „Bereinigung“ erfreut sich mittlerweile auf eine geringe Anzahl von Meistern, die in Zukunft einige laufende Mark jährlich mehr einstreichen möchten. Um nun die gewünschte Alterspreissteigerung durchzubringen, sollen die lipperischen Ziegler mobil gemacht werden. Der oben genannten großmäuligen Bekanntmachung ist nämlich folgende Warnung angehängt: „Wir warnen besonders alle Meister und solche, die es werden wollen, vor Annahme von Stellen in diesem Gebiet, bevor ihnen die Alterspreissteigerung zugestanden ist. Desgleichen warnen wir alle Meister vor Arbeitsannahme auf solchen Ziegelerien, auf denen länger als 12 Stunden gearbeitet wird und die die 7 Prozent Alterspreis und Lohnsteigerung nicht zu gestand haben.“ — Die „Gelehrten“ werden also verpflichtet, die Chemnitzer Ziegelerien so lange zu boykottieren, bis die Meister ihre 7 Prozent (= pro Tausend ungefähr 70 Pfennige) haben. Als Belohnung dafür erhalten die „Gelehrten“ nach einem Beschuß der betreffenden Meister 1 Prozent (= 10 Pfennige pro Tausend) und dann noch die zwölftägige Arbeitszeit.

Desgleichen warnen wir alle Meister vor Arbeitsannahme auf

den Verstorbenen mit einer Mark bezahlt werden muß (1), an das Grab zu fahren, um, wie der Polizist recht laut am Grabe erklärte, etwaige Reden zu verhindern, lenigenweise so recht den Geist, der in dieser Institution herrscht. Mit Religion hat solches Verhalten wahrscheinlich wenig zu tun.

### Wie Pfarrer . . . ?

„Sieh deinen Nachsten wie dich selbst“, lautet das höchste Sitten-Gesetz der christlichen Kirche. Nun ist es ja allgemein bekannt, daß dieses Sitten-Gesetz in der Praxis nicht nur von den Anhängern, sondern auch von den Verländern der christlichen Lehre gar häufig, ja fast immer, vergessen wird. Einen recht bezeichnenden Beleg hierfür bietet eine vor kurzem stattgefundenen Verhandlung vor dem Landgericht Landsberg; dort hatte sich der Pfarrer Michael Siebler von Herbergsfeld wegen lächerlicher Lüzung zu verantworten. Als Vorstand der Armenpflege soll er durch Vernachlässigung der ihm obliegenden Pflichten, den Tod eines armes Hauses verursacht haben. Nach Ansicht des Bezirksarztes war die Kranken verhungert. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten sechs Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf 14 Tage Gefängnis.

Auch das andre Wort, daß man nicht Schafe sammeln soll, die Rost und Matzen fressen, wird mit Vorliebe außer Acht gelassen. Als kürzlich ein Arbeiter in Pirkenau (Obersalz) dem katholischen Pfarrer in Leonberg den Tod seiner Frau anmeldete, erklärte dieser lagerisch, daß die Beerdigungsstiftungen gleich im voraus erlegt werden müßten. Die Schilderung der traurigen Tasse, in die der Mann vor der langwierige Krankheit seiner Frau geraten war, konnte der Pfarrer nicht verlassen, seinen reinen Geschäftsstandpunkt aufzugeben. Er erklärte vielmehr drohend: „Goch Pfarrer kann ich schon! Ich habe in meiner Pfarrgemeinde über 200 Ml. Außenstände und verlange deshalb für Beerdigungen mindestens das Geld im voraus.“

Noch weniger rücksichtsvoll war der katholische Stadtspatzen Söhnen in Weiden, der dem Vater eines jungen Gemeinannes folgenden Brief schrieb:

„Ihr Sohn Wilhelm, der am 16. Juli geräut wurde, hat dem Pfarrmeister gegenüber, der in pfarramtlichen Auftrage die Trauungsgebühren in der Sakristei zu erheben hat, unter Auflösungen, welche an Bekleidungen grenzen, die Zahlung verweigert und sie überdies bis heute noch nicht geleistet. Indem ich Ihnen hierüber Kenntnis gebe, erübre ich Sie, daß Sie sorgen zu wollen, daß Ihr Sohn seiner Verbindlichkeit nachkommt. Sollte dies innerhalb acht Tagen nicht geschehen, so würde der Fabrikdirektion Anzeige erstattet und hierbei die Untreue gestellt, ob Ihr Sohn außerstande ist, die Trauungsgebühren zu erlegen.“

Die kirchlichen Gebühren bilden bekanntlich nur eins Reben-einnahme der sonst schon gut beholdeten Pfarrer. Da können wir uns die Sehnsucht nach Geld bei den frommen Herren gar nicht zusammenreimen mit dem Worte der Bibel: „Man kann nicht Gott dienen und dem Mammon.“

### Die Tuberkulose — eine Arbeiterkrankheit!

Neuere Untersuchungen haben bekanntlich ergeben, daß die Tuberkulose eine Kinderkrankheit ist, und Autoritäten behaupten sogar, daß fast jedes Kind die Krankheit durchmachen müsse. Jedenfalls ist erwiesen, daß eine scheinbar hohe Zahl der Arbeiterkinder mit Tuberkulose behaftet ist. Nach den Ergebnissen der Mortalitätsanstalt ist die Tuberkulose im Schuljahrigen Alter weitans die häufigste Todesursache. Von je 10 000 lebenden Kindern im Alter von 10 bis 15 Jahren starben in Preußen 1903 nach Kirchner 52,32 Prozent Knaben und 67,79 Prozent Mädchen an Tuberkulose; ähnlich stand auch Hildesheim für seinen Wohnort Springe; 61,11 Prozent im Alter von 6 bis 15 Jahren. Diese Ergebnisse stimmen völlig überein mit den Sektionsbefunden. Siegel stand bei Sektionen von 88 Kindern in allen Fällen tuberkulös erkrankter Kinder Bronchialdrüsen, 16 Kinder waren ausgesprochen tuberkulös. Ferner haben Kochmann in Düsseldorf bei 77 Prozent, Ganhofer in Prag bei 80 Prozent, Herford in Altona bei 60 Prozent der Schulkinder Tuberkulose gefunden. Der österreichische Medizinalrat Dr. Franz in Wien fand bei 1000 mit Tuberkulin geimpften Soldaten 76 Prozent positive Reaktion.

Diese außerordentliche Verbreitung der Tuberkulose im Kindesalter bedeutet allerdings nicht, daß die Kinder auch alle krank sind, sondern nur, daß sie Tuberkelzellen aufgenommen haben. Der Bazillus reicht unter normalen Verhältnissen nicht aus, um Krankheit oder Tod herzuführen. Aber wenn die Kinder schlecht werden, eine ungesunde Lebensweise führen, ihnen die nötige Lust, das Licht, die Haushalte aufzu, schaffen, wenn sie also zur Krankheit disponiert sind, werden die Bazillen verderblich. Es sind deshalb auch die Arbeiterkinder am meisten infiziert. So gehörten in Düsseldorf an:

Ungeliebten Arbeitern . . .	58,3 Proz.	der infizierten Kinder
Handwerkern und Kleingewerbeleibenden . . .	89,0	" "
Kleinen Beamten, Angestellten . . .	7,5	" "
Großen Familien (6 Kopfe)	und mehr . . .	61,1

Die Tuberkulose ist also eine Proletarierkrankheit im wahren Sinne des Wortes. In Familien, in welchen in letzter Zeit offene Tuberkulose vorgetragen war, waren 95 bis 100 Prozent der Kinder infiziert! Die leichten Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, die geringe Verdienst der Arbeiter, der eine gesunde Lebensweise nicht zuläßt, sind die Ursachen der starken Verbreitung der Tuberkulose. Der Kampf gegen die Tuberkulose muß daher vornehmlich in der für bessere Lebensverhältnisse der Arbeiter sein.

### Die Arbeitertöchter im Jahre 1909.

Innenhalb der sozialen Statistik ist die Lohnstatistik derjenige Zweig, der am wenigsten gepflegt wird. Zu den brauchbaren Lohnstatistiken gehören jene, die von den Krankenkassen aufgestellten. Bei den Ortskassenlasten werden die Mitglieder auf Grund ihres Arbeitsverdienstes, dessen Höhe von den Arbeitgebern anzumelden ist, verschiedenen Lohnklassen zugerechnet. Es braucht daher nur die Zahl der den einzelnen Lohnklassen angehörenden Mitglieder festgestellt zu werden. Auf Grund der Klassifizierung bei den Kassen vorhandenen Tabelle kann die Statistik leicht nach beliebig ausgestaltet werden. Ein Arbeitstag ist es nur noch, daß die Lohnklassen bei den einzelnen Ortskassenlasten außerordentlich verschieden begreifen sind und deshalb eine einheitliche Gütekennzeichnung der statistischen Ergebnisse der verschiedenen Kosten unmöglich ist.

Überblickt wir die von den größeren Ortskassenlasten auf das Jahr 1909 aufgestellten Lohnstatistiken, so ist dieselbe charakteristisch Zeitung bemerkbar, die schon in den Vorfahren festgestellt war: die Höhe mittlerer Löhne sind in der Abnähme begriffen, und es macht sich ein Zug nach den unteren und ein wenig nicht nach den oberen Lohnklassen bemerkbar.

Bei der Ortskassenlast in Königslutter vernehrten sich die Personen, die einen Tagesserdienst von 3,76 Ml. und mehr erhielten, gegenüber dem Jahre 1908 von 10,6 auf 14,8 Proz., gleichzeitig vermehrten sich aber auch diejenigen mit dem Verdienst bis zu 1,25 Ml. von 9,8 auf 10,0 Proz. Bei der Ortskassenlast St. G. Butzbach (circa 30 000 Mitglieder) erhöhte sich auch Jahre 1909 auf das Jahr 1908 die Zahl der männlichen Mitglieder mit dem Tagesserdienst von 1,29 Ml. und mehr von 31,3 auf 34,1 Proz., gleichzeitig vermehrte sich aber auch die Zahl der weiblichen Mitglieder mit dem Verdienst bis zu 1,49 Ml. von 26,7 auf 26,8 Proz. Eine sehr eingehende Lohnstatistik hat die Ortskassenlast Dresden (circa 116 000 Mitglieder) aufgestellt. Bei dieser begann im Jahre 1899 von der Gesamtzahl der männlichen Versicherungspflichtigen 83,2 Proz. oder etwa ein Drittel einen Tagesserdienst von 3,76 Ml. und mehr, 1909 dagegen 54,4 Proz., also mehr als die Hälfte. Der auf Grund des Klassezugehörigkeit berechnete Durchschnittslohn steigerte sich allgemein von 3,10 Ml. im Jahre 1899 auf 3,67 Ml. im Jahre 1909. Bei den weiblichen Mitgliedern liegen die auszuhörenden Veränderungen in der Überdeckung des täglichen Arbeitseinkommens von 2,26 Ml. 1899 waren von männlichen weiblichen Versicherungspflichtigen Mitgliedern 15,5 Proz. 1909 dagegen 37,1 Proz. oder 21,6 Proz. mehr nach diesen Verhältnissen liegen. Trotzdem vermehrten sich aber auch hier die Mitglieder mit dem Durchschnittsverdienst bis zu 1,75 Ml. täglich von 6,2 auf 14,0 Proz.

## Rundschau.

### Radikalismus am Grabe.

Am Sonntagnachmittag, 29. September, verlor Radikal-Senator, der Gesellschafter seiner Fabrik „Städtisches Grund“. Am Sonntag, dem 2. Oktober, fand unter zahlreicher Beteiligung die Beerdigung statt. Da Kollege B. einer Religionsgemeinschaft angehörte, mußte das Begräbnis vor 8 Uhr morgens stattfinden, damit das am 8 Uhr beginnende Gericht nicht als für den Toten bestimmt angesehen würde. 1) Die Beerdigung nach Beendigung der Kirchzeit wurde nicht gefestigt, weil diese Zeit für die Konfessionellen bestreiten müsse. 2) Um die Grabe angekommen, zeigte sich ein zur Lebenseinstellung der Trauerveranstaltung abgeordneter Polizist. Da Kollege B. dem Verstorbenen einige Worte widmen wollte, wurde er durch einen überwachenden Polizisten unterbrochen. 3) In seiner Aufführung trat Genossen Borch vom Grabe. Schluß entzögten trat ein anderer Genossen an das Grabe, um in einigen Worten den Tod auszufordern, der durch das hier emporende Singen des Polizisten vereitelt worden war. Daß die Kirche es für nötig hielte, einen Polizisten, der auch dazu von den Angehörigen